

Die Retter der Kokosnuss

Ist es bald wieder soweit? Deutschland soll den Euro und die EU retten. Zumindest glaubt unsere Regierung offenbar, dies mit unserem sauer verdienten Steuergeld auf massiven Druck der anderen EU Länder tun zu müssen.

<http://www.wirtschaftsfacts.de/?p=2971>

In Wahrheit geht es jedoch nur um die Verlängerung eines Leidens, das eigentlich schnell und mit möglichst geringen Schmerzen beendet werden müsste. Durch schnelles, intelligentes Handeln könnte man unserem Land damit eine neue, gute Zukunft ermöglichen.



Retten können wir weder den dahin siechenden Euro, noch dieses marode Finanzsystem. Einzig die Tatsache, dass mit dem Finanzsystem vermutlich auch unsere derzeitigen Eliten untergehen werden, rechtfertigt scheinbar jedes unsinnige Handeln. Auch wenn es zum Schaden der Bürger ist.

Aber welche Rechtfertigung hat dieses Handeln für den zahlenden Bürger?

Eigentlich keine...

Wer hängt nicht an einem Job, der Prestige, Dienstwagen und jede Menge Untergebene mit sich bringt? Wer verzichtet schon gern darauf, als „bedeutender Mensch“ zu gelten?

Die Zerstrittenheit unserer Regierung und permanentes Zaudern in praktisch allen wichtigen Fragen der Politik lassen sich für viele Menschen nur noch mit Kopfschütteln kommentieren.

Ja, Kopfschütteln, das können die Deutschen. Aber was tun sie sonst noch?

Nichts... wie immer, rein gar nichts.

Das Land verfällt in Lethargie.
Das Land verharrt im Stillstand.

Und wer ernsthaft glaubt, dass sich dies nach der NRW Wahl ändert, der wird vermutlich wieder enttäuscht werden.

Hoffen und warten auf Besserung, das können wir Deutsche.

Belügen und hinhalten lassen sich große Teile unserer Bevölkerung bis zum bitteren Ende. Aufwachen wird die Masse erst, wenn es zu spät ist. Eigentlich ist es jetzt schon zu spät.

Halt Stopp!

Etwas hat sich in Deutschland ja doch verändert und zwar vor 5 Jahren, gleich beim Amtsantritt der Schwarz-Roten Regierung unter Angela Merkel. Erinnern Sie sich noch ? Sie hat erfolgreich und massiv die Steuern erhöht. Dabei gelang es dieser Regierung gleichzeitig die Staatsverschuldung in bisher ungeahnte Höhen zu treiben, die Armut in weiten Teilen der Bevölkerung dramatisch zu steigern und die deutschen Truppen in Afghanistan aufzustocken.

Die einzig sonst noch erwähnenswerten Aktivitäten jeder Bundesregierung finden immer nur dann statt, wenn es gilt, die Bürger der Bundesrepublik zur Aufgabe jeglicher politischer Souveränität und Selbstbestimmung vorzubereiten. Leider hat das Hinarbeiten auf die geplante Neue Weltordnung auch mit Hilfe des Kohlendioxid-Regimes nicht so recht funktioniert

http://www.cdu.de/portal2009/26423_29511.htm

Nun ist aber doch Bemerkenswertes zu Beobachten:

War es vor einigen Jahren noch problematisch, ein paar lächerliche Euro für die Renovierung maroder Schulen und Kindergärten aufzubringen, wirft Deutschland jetzt Milliardensummen in den Markt, um leichtsinnige Banken zu retten, die kurzerhand als Systemrelevant eingestuft werden. Wir haben plötzlich sogar jede Menge extra Milliarden zur Verfügung, um fremde Länder vor dem Staatsbankrott zu retten, obwohl diese Länder wirklich alles dafür getan haben, dass dieser Staatsbankrott auch garantiert eintritt.

Wir werfen Milliarden für völlig sinnlose Konjunktur- und Förderpakete raus, um vor allem die ausländische Kleinwagenindustrie zu erhalten, während die deutschen Hersteller bis auf wenige Ausnahmen fast gar nicht davon profitieren.

Wir schaffen Belohnsysteme für eine nicht lebensfähige Solar- und Windkraftindustrie, vernichten dabei aber ganz gezielt echte Arbeitsplätze in funktionierenden Branchen.

<http://www.parteidernunft.eu/node/845>

Sollte die „Rettung“ Griechenlands nicht verhindert werden, wird damit eine weitere Grenze überschritten. Diese "Rettung" wird weitreichende Folgen für Deutschland und seine Bürger haben.

Über die Griechenland-Krise wird von den deutschen Qualitätsmedien besonders viel Unsinn verbreitet, den man so nicht einfach hinnehmen kann.

Man erzählt uns zum Beispiel das Märchen von den bösen Spekulanten, die das brave Griechenland in den Bankrott treiben. Das ist so leider falsch erzählt, weil nicht die Spekulanten das brave Griechenland in den Bankrott treiben, sondern der griechische Staat sich selbst vernichtet. Und zwar durch ausufernde Verschuldung und fortschreitende Misswirtschaft.

Dabei liegt das Problem nicht einmal in der mangelnden Arbeits- oder Steuermoral der Griechen. Die wahre Ursache ist, dass sich die Staatskrake immer weiter ausgebreitet hat. Man kann dort heute kein legales Geschäft

mehr betreiben oder eine Baugenehmigung erhalten, ohne einen Beamten bestechen zu müssen. Der Staat schafft sich seine Probleme damit selbst. Letztendlich werden immer drakonischere Maßnahmen dafür sorgen, diese Probleme unter Kontrolle zu halten. Nun will die griechische Regierung sogar Bargeldzahlungen über 1500 Euro verbieten. Das könnte ein Praxistest für den Weg in den bargeldlosen, total kontrollierbaren Zahlungsverkehr sein. Griechenland ist die Blaupause für Orwell's 1984.

Aber weitaus schlimmer für Deutschland ist, dass diese "Rettung" nicht die Letzte bleiben wird. Viele andere marode Euro- Länder mit ähnlichen Problemen werden jetzt auch kommen und auf „Rettung“ bestehen.

Wir sollten uns deshalb die Frage stellen, ob Deutschland überhaupt in der Lage ist, all diesen Ländern Hilfe zu leisten? Wer bitte soll das bezahlen? Etwa wir, die eh schon von allen Seiten ausgelutschten Steuerzahler?

Ja bitte, wer soll das bezahlen?

Geht es eigentlich wirklich um die Griechen? Ich glaube nicht.

Wir zahlen mal wieder für die leichtfertig vergebenen Kredite unserer maroden Zombie Banken. Die haben bisher noch kein einziges Fettnäpfchen ausgelassen, um unser Steuergeld irgendwo auf dieser schönen Welt zu verzocken.

Wollen wir das mal genauer prüfen? Dann schauen Sie bitte einfach [hier](#) nach.

<http://kollateralschaden.wordpress.com/2010/03/08/warum-setzt-sich-der-franzosische-giftzwerg-fur-griechenland-ein/>

In dieser Tabelle sehen wir sehr schön, wer die Hauptgläubiger der Griechen sind. Deutschland und Frankreich oder richtiger gesagt deutsche und französische Banken.

Deutsche Bankmanager sehen es leider nicht so gerne, dass sie schon wieder von Staat direkt gerettet werden müssen. Das schadet nämlich den laufenden Bonuszahlungen und macht eine schlechte Presse.

Deshalb geht man den Umweg über die Griechen Rettung. Gleichzeitig hat man so einen Sündenbock, auf den man alle Schuld schieben kann. Das passt doch toll, oder?

Ob man schon bei der Euro Einführung erkennen konnte, dass im Fall der Griechen etwas nicht stimmt, ist dabei unerheblich.

Ziel der ganzen Aktion ist es vermutlich, die Kernländer Europas soweit zu schwächen, dass der Weg für eine Weltregierung freigemacht wird. Die Vorboten können wir schon erkennen. Begriffe wie Weltwirtschaftsregierung, Weltfinanzregierung und Europafinanzregierung tauchen derzeit sehr häufig in den deutschen Qualitätsmedien auf.

Und wie sieht für uns das zu erwartende Ergebnis der aktuellen Geldverschwendung aus?

Einige Wochen Zeit geschunden, für die klammen Banken, bis zur nächsten „Katastrophe“ und 30-50 Milliarden neue Schulden für die europäischen Steuerzahler, vorrangig natürlich für den deutschen Zahlmichel, der mit großer Wahrscheinlichkeit allein 20% oder mehr davon trägt.

Finanzminister Schäuble will dafür sogar unsere Goldreserven verheizen.

<http://www.mmnews.de/index.php/201003135131/MM-News/Gold.html>

Haben wir für Europa in den letzten 50 Jahren und besonders seit der Euro Einführung nicht schon genug bezahlt? Müssen unsere "Regierenden" jetzt auch noch unseren "Goldschatz" und die allerletzten Reste unseres Volksvermögens ohne jede Gegenleistung verschenken?

In [diesem Beitrag](http://www.mmnews.de/index.php/201003155146/MM-News/EU.html) <http://www.mmnews.de/index.php/201003155146/MM-News/EU.html> ist davon die Rede, dass die EU die deutsche Wirtschaft "einbremsen" will. Oder wie in der Überschrift etwas krasser ausgedrückt:

"EU will deutsche Wirtschaft killen". Weiter wird ausgeführt, dass sich die EU Kommission des "Problems" bereits angenommen habe.

Ich meine, wie kann man ernsthaft planen, die Lokomotive der EU kaputt zu machen? Es ist nicht zu fassen, was hier passiert!

Wer so über den EU-Zahlmeister spricht, kann gern mal versuchen alleine klar zu kommen. Ohne die deutsche Wirtschaftskraft und ohne die deutschen Transferzahlungen gäbe es diese ganze EU nicht.

Außerdem, wenn wir wirklich so wettbewerbsfähig wären, dann hätten wir keine 12,5 Mio Menschen ohne Job. Ist das nicht eigentlich der Beweis, dass diese EU nur eine Schönwetter-EU ist. Sobald es ernste Probleme gibt, fallen sie übereinander her.

Trotz Allem dilettiert unsere Regierung weiter vor sich hin als sei nichts geschehen. Gefragt, ob wir das alles so wollen, hat uns natürlich - wie immer - Niemand. Aber wir haben ja auch nicht widersprochen, also sind wir wieder mal selbst schuld.

Stimmt doch so, oder?

Dabei könnte man mit schnellem Handeln echte Probleme lösen.

Die Partei der Vernunft forderte schon vor Monaten die sofortige Beendigung des Euro-Experiments.

<http://www.parteidervernunft.eu/euro-experiment.html>

Die Einführung eines freien Marktgelds nach Friedrich August von Hayek verbunden mit der ersatzlosen Abschaffung der europäischen Zentralbank und die Einstellung aller Transferzahlungen an die EU sind weitere wichtige Maßnahmen, die rasch umgesetzt werden müssen.

Sinnvoll wäre es ebenfalls, die volle Rückzahlung aller durch Manipulationen anderer Mitgliedsländer zum Schaden der Bundesrepublik Deutschland erschlichenen Gelder aus dem EU Topf zu verlangen.

Warum soll der deutsche Steuerzahler ständig den Leichtsinn fremder Länder finanzieren ? Warum soll der deutsche Steuerzahler fortwährend für marode Banken einspringen.

Das Argument der Systemrelevanz zählt nicht mehr.

Es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers, marodierende Casinos zu finanzieren.

Und nichts Anderes sind diese Banken. Eine geordnete Abwicklung finanzschwacher Banken wäre eine gangbare Lösung. Und zwar schon bevor die letzten Reserven "verbraten" wurden.

Warum hat niemand den Mut, hier voran zu gehen ?

Unseren Regierungen kommt es offensichtlich aber nicht in den Sinn, wirklich Subventionen abzubauen. Denn Subventionen sind beispielsweise alle staatlichen Zuwendungen an Banken. Subventionen sind auch die Förderung von völlig überbeuertem Solarstrom und das Verplempern von Steuergeld im Moloch der EU. Subventionen fördern den Bürokratismus. Subventionen fördern die Umverteilung. Subventionen schaden damit der freien Wirtschaft.

Und wir alle tragen über unzählige Steuern die Kosten und über den möglichen Verlust unseres Arbeitsplatzes auch das volle Risiko dafür.

Lassen Sie uns einmal nachschauen, was sich unsere Regierenden so über die Jahre und Jahrzehnte einfallen ließen, um uns an diesen Machenschaften angemessen finanziell zu beteiligen:

Grundsätzlich gilt: **Steuern sind Geldleistungen ohne Anspruch auf individuelle Gegenleistung.**

Es gibt in Deutschland Steuern, wie Sand am Meer. Da wären zum Beispiel:

Einkommenssteuer: Diese Steuer, die es in Deutschland schon seit 1811 gibt, zahlt jeder, der ein höheres Einkommen als 7.664 Euro (bei Eheleuten 15.329 Euro) im Jahr erzielt. Bemessen wird sie somit nach dem Einkommen. Das Prinzip ist ganz einfach. Je mehr man verdient, desto mehr Einkommenssteuer muss gezahlt werden. Der Steuersatz liegt zwischen 15% und 45% Die Einkommenssteuer ist eine Quellensteuer und wird

direkt vom Arbeitgeber an das Finanzamt abgeführt. Die Einkommenssteuer teilen sich der Bund, die Länder und die Gemeinden.

Umsatzsteuer: Bekannt ist diese Steuer auch als Mehrwertsteuer. Hier zahlt jeder Käufer bei jedem Einkauf zuerst an den Unternehmer. Der führt diese Steuer dann an den Staat ab. Zurzeit liegt der Steuersatz bei 19%, beim ermäßigten Steuersatz z.B. auf Lebensmitteln, Bücher, Zeitungen, Fahrkarten und Tiernahrung 7%

Grunderwerbssteuer: Diese Abgabe an den Staat müssen alle die leisten, die bebaute oder unbebaute Grundstücke oder Eigentumswohnungen kaufen. Sie beträgt 4,5 % vom Kaufpreis.

Körperschaftsteuer: Sie richtet sich an alle GmbHs, Vereine, und Aktiengesellschaften. Der Steuersatz liegt bei 25% des zu versteuernden Einkommens

Versicherungssteuer: Jeder, der eine Versicherung abschließt zahlt auch automatisch an den Staat. Ausnahmen sind die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen und Lebensversicherungen. Ebenso ist die gesetzliche Arbeitslosenversicherung von dieser Steuer befreit. Der Steuersatz richtet sich nach der Höhe der Beiträge und ist für jede Versicherungsart unterschiedlich. Er liegt bei 3,8% bis 19%

KFZ Steuer: Alle die motorisiert unterwegs sind, oder denen ein Kraftfahrzeug gehört, welches auch angemeldet ist, müssen diese Steuer entrichten. Die Höhe der Steuer errechnet sich aus dem Hubraum und nach den Schadstoffemissionen, sowie nach dem zulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeuges. Zu zahlen ist diese Steuer ein Mal im Jahr. Eine teilweise Steuerbefreiung können Personen beantragen, die stark in ihrer Bewegung eingeschränkt, und auf ein Fahrzeug angewiesen sind.

Mineralölsteuer oder auch Energiesteuer: Hier werden alle Energiearten besteuert. Diese können fossiler oder pflanzlicher Herkunft sein. Bei dieser Steuer sind die Hauptzollämter für die Erhebung zuständig. Die Einnahme der Energiesteuer kommt unter anderem dem Straßenbau zugute. *(Inzwischen fließt der größte Teil in Zweckfremde Kanäle)* Der Steuersatz liegt bei Benzin bei ca. 0,654 Euro und bei Diesel 0,47 Euro pro Liter. Diese Steuern werden gleich auf den Endpreis aufgeschlagen und von den Lieferanten abgeführt

Stromsteuer: Sie wird auf elektrischen Strom erhoben. Die Stromsteuer ist die jüngste aller Verbrauchssteuern. Ins Leben gerufen wurde sie am 1. April 1999 und sie bringt dem Staat jährlich ca. 6.3 Mrd. Euro ein. Steuerpflichtig sind alle, die elektrischen Strom nutzen. Eine Megawattstunde Strom kostet den Steuerzahler 20.50 Euro. Wer ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien nutzt, ist von dieser Steuer befreit. Der größte Teil der Stromsteuer fließt in die Rentenversicherung. Dadurch wurden die Lohnnebenkosten gesenkt und der Arbeitnehmeranteil ist ein wenig gesunken.

Tabaksteuer: Hier sind alle Raucher betroffen. Seit 1906 werden diese Steuern auf alle Tabakwaren erhoben. Schnupf- und Kautabak sind von allerdings befreit. Die Raucher helfen dem Bundeshaushalt mit einer Einnahme von ca. 15 Mrd. Euro pro Jahr. Vor einigen Jahren floss ein Teil der Einnahmen in das Gesundheitswesen, allerdings war das die Ausnahme und nicht die Regel. Bei Zigaretten zahlt der Raucher nur für die Steuer 5,59 Cent/Stück, + 23,31 Prozent des Kleinverkaufspreises.

Gewerbsteuer: Alle Gewerbetreibende aus Industrie, Handel, Handwerk, Dienstleistungen, außer Freiberufler und Betriebe der Landwirtschaft, müssen diese Steuer bezahlen. Die Höhe der Gewerbsteuer richtet sich nach dem Gewerbeertrag. Die Einnahmen aus der Gewerbsteuer kommen hauptsächlich den Gemeinden zugute. Die Steuersätze sind von Stadt zu Stadt unterschiedlich

Grundsteuer: Steuerpflichtig sind die Personen, welche Besitzer von Grundstücken und deren Bebauung sind. In diesem Fall erheben die Städte und Gemeinden die Steuern. Diese Steuer kann jährlich oder auch vierteljährlich bezahlt werden. Berechnet wird die Grundsteuer individuell durch das Finanzamt.

Feuerschutzsteuer: Steuerpflichtig ist die Entgegennahme der Versicherungsprämien aus Feuerversicherungen durch den Versicherer. Die Feuerschutzsteuer beträgt 8% des Versicherungsentgeltes.

Hundesteuer: Es handelt sich um eine gemeindliche Steuer. Die Hundesteuer basiert auf landesgesetzlichen Hundesteuergesetzen. Steuerpflichtig ist der Hundehalter
Steuerfrei sind Blindenhunde, Diensthunde, Hunde von Forstbediensteten sowie von Jagdaufsehern.

Kaffeesteuer: Es handelt sich um eine Bundessteuer. Die Kaffeesteuer basiert auf dem Kaffeesteuergesetz. Kaffeelager und Herstellungsbetriebe sind so genannte Steuerlager. Steuerschuldner ist der Steuerlagerinhaber. Die Steuer entsteht dadurch, dass der Kaffee zum Verbrauch aus dem Steuerlager entnommen wird. Die Steuer beträgt auf Röstkaffee 2,19 € pro Kilogramm, auf löslichen Kaffee 4,78 € pro Kg.

Sektsteuer: Auf sekthaltige Getränke gilt eine Luxussteuer. Der Tarif beträgt 136 Euro pro Hektoliter. Der Staat kassiert dadurch etwa 450 Millionen Euro.

Biersteuer: Diese Steuer ist eine der ältesten Abgaben auf Verbrauchsgüter, wurde schon im Mittelalter erhoben. Steuerpflichtig sind Brauereien und Importeure. Das jährliche Aufkommen liegt bei etwa 800 Millionen Euro

Branntweinsteuer: Auch auf Hochprozentiges will Vater Staat seinen Anteil haben. Dessen Höhe variiert mit dem Alkoholgehalt. Ein Fläschchen Likör bringt dem Fiskus etwa zwei Euro, von einer Flasche Korn bekommt er drei Euro. Macht: Zwei Milliarden Euro jährlich.

Kinosteuer: Die Kinosteuer ist Teil der so genannten Vergnügungssteuer. Diese gibt es seit dem Mittelalter. Die Kinosteuer beschert Deutschland seit den 30er Jahren zunehmend Gewinne.

Sexssteuer: Die Stadt Köln führte sie 2004 ein - und profitiert seitdem kräftig davon. Fällig werden pro Prostituierte und Monat etwa 150 Euro. 2006 fährt die Stadt wieder einen Höchstgewinn ein: satte 828.000 Euro.

Glücksspielsteuer: Auch die Glücksspielsteuer ist Teil der Vergnügungssteuer. Früher wurde durch sie das Armenwesen finanziert. Heute sind es hauptsächlich die Abgaben auf Spielautomaten, von denen der Fiskus profitiert.

Tanzsteuer: Öffentliche Tanzveranstaltung unterliegen seit jeher einer Steuer. Insgesamt nimmt der Staat durch die Vergnügungssteuer (Kino, Glücksspiel, Tanz) 500 Millionen Euro ein.

Wett- und Lotteriesteuer: 20 Prozent von jedem Lottoeinsatz gehen an den Staat. Bei Sport- und Pferdewetten sind es 16 Prozent. Der Fiskus gewinnt also am Ende immer.

Kapitalertragsteuer: Die Kapitalertragsteuer beträgt pauschal 25%. Die Kapitalertragsteuer wird von den Ländern erhoben. Sie ist vom Schuldner der Kapitalerträge einzubehalten und an sein zuständiges Finanzamt abzuführen.

Tonnagesteuer: Die Tonnagesteuer ist in § 5a Einkommensteuergesetz geregelt, der durch das Seeschiffahrtsanpassungsgesetz vom 09. September 1998 eingeführt wurde. Bei der Tonnagesteuer handelt es sich damit nicht um eine eigene Steuerart, sondern um eine besondere Gewinnermittlungsart zur Ermittlung bestimmter Gewinne aus der internationalen Seeschiffahrt im Rahmen der Einkommensteuer. Sie beinhaltet Regelungen zur laufenden Gewinnermittlung und auch zur Besteuerung der in den verwendeten Schiffen liegenden stillen Reserven.

Wenn Sie noch weitere Lust auf Steuern haben, dann schauen Sie sich [diese](#) Seite an.

<http://www.steuerarteneueberblick.de/>

Spätestens hier stellt sich für mich die Frage:

Wie lange wollen wir noch für jeden Mist bezahlen, den sich unsere Regierung ausdenkt?

Disclaimer:

Dieser Artikel ist als völlig unverbindliche Information anzusehen wie ein Zeitungsartikel. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Das gilt auch für alle Links in diesem Artikel, für deren Inhalt ebenfalls jegliche Haftung ausgeschlossen wird.

Zum Autor:

Gerhard Breunig ist Bundesgeneralsekretär der Partei der Vernunft und Autor vieler Artikel auf der Parteiseite www.parteidervernunft.eu . Weitere Informationen zum Thema oder Kontakt erhalten Sie unter gerhard.breunig@parteidervernunft.eu

© 2010 by Gerhard Breunig, Reproduktion/Publikation sowie Zitate aus diesem Artikel sind mit Angabe des Autors und der Quelle www.parteidervernunft.eu ausdrücklich erlaubt